

Bezugspreis:
Monatlich 1.50, vierteljährlich 4.50, halbjährlich 8.00, jährlich 15.00
Einzelhefte 10 Pfennig

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 15100-15107.

Dienstag, den 21. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Aufhellung und Sühne.

Rechenschaft.

Ein Unterausschuß des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung, dem die Aufgabe zugefallen ist, die Verantwortung des Krieges festzustellen, ist am Dienstagvormittag zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten.

Die Aktion der Entente, die nach der Ankündigung Clemenceaus darauf besteht, die Auslieferung der Personen, die sie für schuldig hält, zu verlangen, kann die Arbeit der deutschen Kommission durchkreuzen, aber sie nicht von ihrem Willensziel ablenken.

Sei dem, wie immer, der Ernst und die Gewissenhaftigkeit, mit der die deutsche parlamentarische Kommission an ihre Aufgabe herantritt, darf durch Erwägungen solcher Art in keiner Weise getrübt werden.

Die Ursachen eines so komplizierten Weltgeschehens wie des großen Krieges, seines Verlaufs und seines Endes sind viel zu tief in den Boden der Vergangenheit verwurzelt, als daß es jemals möglich sein könnte, bei ihrer Feststellung eine vollkommene Übereinstimmung aller Meinungen zu erzielen.

Gibt es Schuldige des Weltkrieges, so gibt es andere, die Schuld daran haben, daß der Krieg nicht mit einem gerechten Frieden abgeschlossen wurde.

Möge daher jedes Volk seine Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen!

Daß deutsche Volk beginnt durch sein souveränes Parlament am heutigen historischen 21. Oktober mit dieser notwendigen Aufhellung wie Sühne.

Die erste Sitzung.

Die öffentliche Sitzung des zweiten Unterausschusses, in dem die Frage der versäumten Friedensmöglichkeiten zur Beratung steht, begann am Dienstagvormittag nach 10 Uhr in einem kleinen Kommissionszimmer des Reichstags.

Den Vorsitz in diesem Unterausschuß führt der Abg. Warmuth (Dnt. Sp.), seines Zeichens Landgerichtsdirektor, ein Mann, der von der Aufgabe, die ihm zugefallen, wenig erfreut ist.

Dann beginnt Senatsrat Dr. Singheim sein Referat. Er sitzt links vom Vorsitzenden an der langen Tafel, die wie der Tisch eines Gerichtshofes aufgebaut ist.

Dem Referenten gegenüber, an einem besonderen Tisch, der mit Dokumenten bedeckt ist, sitzt der als Zeuge geladene ehemalige Vorkämpfer in Washington, Graf Bernstorff.

Singheim spricht sitzend, aber nach seiner Gewohnheit lebendig und mit lebhaften Gesten. Die Aktenbündel, die sich vor seinem Platz häufen, sind sämtlich gefallos. Sein gelächertes Wort dient zur Unterstützung seines Gedächtnisses, während er komplizierte diplomatische Vorgänge erörtert und chronologisch zergliedert.

Drama eines großen Volkes.

Das sich in der historischen Darstellung des Referenten noch einmal abrollt. Als entscheidender Zeitpunkt erscheint der Winter 1916/17, wo es darum ging, ob Deutschland einen annehmbaren Frieden oder den Sieg durch den U-Boottkrieg suchen sollte.

Einige Minuten nach elf Uhr beginnt die Vernehmung Bernstorffs.

Vor dem Referat Singheims beinahe eine Huldigung für den früheren deutschen Vorkämpfer, der in Washington als ein treuer Soldat seines Volkes — leider vergeblich — wirkte, so ist Bernstorffs eigenes Zeugnis eine harte Rechtfertigung der Politik, die der Präsident Wilson in jener entscheidenden Zeit befolgt hat.

Während der Vernehmung Bernstorffs erscheint auch der frühere Staatssekretär Zimmermann. Er nimmt zwischen Bethmann und Helfferich Platz.

Eine sehr lebhaft erörterte Entschuldigend sich dann über die Frage, in welchem Verhältnis der

deutsche Friedensschritt vom 12. Dezember

zu dem Friedensvermittlungsvorschlag des Präsidenten Wilson vom 18. Dezember steht. Bernstorff war instruiert, Wilson zu Friedensvermittlungen zu ermuntern. Er tat dies auf dem Wege über den Obersten Hofe mit Erfolg.

Der Zeuge Bernstorff wird in ein

fürliches Kreuzfeuer

genommen. Man will der Frage auf den Grund kommen, ob die deutsche Aktion vom 12. Dezember etwa eine abschließliche Durchkreuzung der Friedenspläne Wilsons bedeutete hätte.

Um 12 1/2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen, sie wird am Mittwoch um 10 Uhr vormittags mit der weiteren Vernehmung Bernstorffs fortgesetzt.

Sitzungsbericht.

Die Sitzungssaal 1 des Reichstagsgebäudes trat Dienstag vormittags, 10 1/2 Uhr, der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen.

Schon vor 10 Uhr waren der frühere Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, der Bischof a. D. Dr. Helfferich und der Botschafter a. D. Graf Bernstorff im Saale erschienen. Auch zahlreiche Abgeordnete aller Parteien, u. a. Reichsminister Dr. David (Soz.), Haugmann (Dem.), Dr. Petersen (Dem.) und Rahl (D. Sp.) hatten sich eingefunden.

Als Sachverständige waren geladen Professor Dr. von Münch, Professor Dr. Otto Hoersch und Professor Dr. Dr. Schärer.

Um 10 1/2 Uhr eröffnete der Vorsitzende

Abg. Warmuth die Sitzung mit folgenden Worten: Der Untersuchungsausschuß ist auf Grund des Artikels 34 der Verfassung durch Beschluß der Nationalversammlung gebildet worden. Seine Aufgabe ist, eine Reihe bestimmter Fragen der Vorgeschichte und der Geschichte des Weltkrieges selbst zur Lösung zu bringen, und zwar Fragen, um die sich vorwiegend das politische Interesse gruppiert.

Der Vorsitzende richtet darauf eine allgemeine

Bitte an die Presse.

Sie möge in ihrem Urteil eine gewisse Zurückhaltung üben, bis die Verdachtsnahme bei einem jeden Beweispunkt auch voll erschöpft ist. Erst dann ist ja ein ausschlaggebendes Urteil möglich. Es sollen alle Urkunden hier zum Vortrag gebracht werden, die ein allgemeines Interesse besitzen, es sollen alle Zeugen vernommen werden.

Es wird dann in die

sachlichen Verhandlungen

eingetreten. Als Zeuge ist Graf Bernstorff geladen. Der Vorsitzende bittet ihn, den Verhandlungen beizuwohnen und das Referat mitanzuhören, damit er Gelegenheit erhält, an das eine oder andere anzuknüpfen und zur Aufklärung beizutragen.

Es werden alsdann die Sachverständigen Dr. Hoersch, Dr. von Münch und Dr. Schärer vernommen.

Abg. Dr. Singheim eröffnete alsdann das Referat: In Erfüllung der Aufgaben des Ausschusses ist der Gegenstand der Beratung zunächst die sogenannte Friedensaktion Wilsons. Es haben dem Ausschuß sämtliche heimliche und offizielle Akten des auswärtigen Amtes zur Verfügung gestanden, und es war dem Referenten und den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses Gelegenheit gegeben, sämtliche Akten, die sich darauf beziehen, kennen zu lernen.

Die erste geht von dem Ausbruch des Weltkrieges bis zur

Suffert-Note, die am 4. Mai 1918 an Wilson gerichtet wurde. Die zweite Periode reicht vom 4. Mai bis 12. Dezember 1918, dem geschichtlichen Tage des deutschen Friedensangebotes, die dritte vom 21. Dezember 1918 bis 9. Januar 1919, an welchem Tage im Hauptquartier zu Brest der sogenannte rüchloslose U-Boottkrieg beschlossen wurde. Die Schlusssperiode ist angeschlossen bis zum 21. Januar 1917, jenem Tage, an dem Wilson dem amerikanischen Vorkämpfer in Berlin, Gerard, eine Note übergeben wurde betreffend den rüchloslosen U-Boottkrieg, und es

welchem sofort der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Amerikas und gegenüber erfolgt ist.

Zur ersten Periode ist zu sagen, daß nach den Klagen von einer eigentlichen Friedensaktion nicht die Rede sein kann. Wohl fanden theoretische Erörterungen über Friedensmöglichkeiten zwischen dem Kaiser und General der Regierung und General statt. Doch dieser Vernstorff teilte mit, Wilson interessiere sich für den Frieden, und zwischen Vertretern der Regierung und dem Obersten Hause fanden Besprechungen statt. Ueber diese Besprechungen finden sich nur zwei Aufzeichnungen in den Akten. Die eine erfolgte zwischen dem Staatssekretär Goff und House, die andere zwischen dem Reichsanzler v. Bethmann und Davis. Diese Aufzeichnungen lassen eine bestimmte Friedensaktion nicht erkennen, sondern sprechen nur von Erörterungen über die Möglichkeit, zum Frieden zu kommen. Die zweite Periode ist weitläufiger.

Sie spielt sich ab zwischen dem 4. Mai, dem Tage der Ueberreichung der Sussex-Note, in der gesagt wird, daß der U-Bootkrieg nur auf den Kreuzerrieg beschränkt werden müsse, und daß die dollärzweidmige Blockade aufgehoben werden müsse, und dem 12. Dezember, dem Tage des deutschen Friedensangebotes. Es erfolgte inzwischen an dem Grafen Bernstorff ganz bestimmte Instruktionen, in denen der Vorkämpfer angewiesen wird, einen Friedensappell Wilsons herbeizuführen. Die Hauptinstruktion geht zurück auf eine Unterredung mit dem damaligen Kaiser, der den Wunsch besonders geltend machte, Präsident Wilson möge diesen Friedensappell an die Kriegführenden richten. Es sollte auch an den König von Spanien und andere neutrale Herrscher appelliert werden. Vorkämpfer Bernstorff hat seinerseits über die Friedensmöglichkeiten berichtet und darauf hingewiesen, Präsident Wilson sei bereit, den Frieden zu vermitteln.

Auch die öffentliche Meinung in Amerika wünschte den Frieden, leider wurde im gegebenen Moment die öffentliche Meinung zu unsem Ungunsten wieder beeinflusst, so durch die Frage der belgischen Expropriation und die Wirkung des U-Bootkrieges. Solange der Waidkampf in Amerika nicht erledigt sei, sei ein energischer Schritt Wilsons nicht zu denken. An der Friedenskonferenz werde Wilson nicht teilnehmen, höchstens an Konferenzen, die mit der Friedenskonferenz in loserer Verbindung ständen.

Am 18. Oktober hatte Herr v. Bethmann im Hauptquartier zu Vlex mit dem Grafen Curian eine Unterredung, um die Grundlagen für das Friedensangebot zu finden. Curian wies darauf hin, daß auf eine militärische Entscheidung nicht mehr zu rechnen sei, man müsse irgendwie Friedensverhandlungen herbeiführen. Dem war Bethmann einverstanden, zumal er sich, wie sein Geheimes bemerkt, schon früher mit diesem Gedanken getragen habe. Diese Beratungen nahmen im Laufe der Zeit konkretere Gestalt an und führten schließlich zu dem Friedensangebot Anfang Dezember, dem Grafen Bernstorff mitgeteilt, eine solche Friedensaktion solle bevor, er möge darauf dringen, daß Wilson möglichst bald die Friedensaktion übernehme.

Darauf kam ein Brief vom Grafen Bernstorff, daß ein Schritt Wilsons in dieser Hinsicht sprechend für Ruhe in Aussicht stehe. Es wird in diesem Zusammenhang namentlich die Frage in Betracht kommen, ob und warum es gerechtfertigt war, trotz der von uns angelegten Friedensaktion und trotz der Mitteilungen Bernstorffs am 12. Dezember die Friedensaktion durchzuführen zu lassen. Dies wird eine der Hauptfragen sein, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, in welchem Verhältnis diese Friedensaktion vom 12. Dezember mit der von uns angelegten und auch von Wilson in Aussicht gestellten Friedensaktion steht.

Die dritte Periode reicht vom 21. Dezember, dem Tage der Ueberreichung des Friedensangebotes Wilsons an die Kriegführenden, bis zum 9. Januar, dem Tage der Veröffentlichung des rücksichtslosen U-Bootkrieges.

Das Wesentliche in dem Vermittlungsangebot Wilsons war die Bitte, die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen. Die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann enthält indessen keinerlei offizielle oder inoffizielle Andeutung der konkreten Friedensbedingungen. Gleichzeitig teilt eine neutrale Macht, die ich in öffentlicher Sitzung nicht nennen kann, mit, daß ein Friedensappell Wilsons in Aussicht stehe. Dieser Appell werde äußert ernst zu nehmen sein, und die betreffende Macht habe guten Grund zu glauben, daß auch die andere Seite auf diesen Appell eingehen werde, wenn offen und ehrlich die Erklärung abgegeben würde, daß der Status quo wiederhergestellt werde und in bezug auf Belgien eine Wiedergutmachung des Schadens erfolge. Dieser amtliche Schritt der neutralen Macht war bereits am

18. Dezember in Berlin bekannt, am 26. Dezember erfolgte die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann, die dahin ging, daß er auf die Forderung

Konkrete Friedensbedingungen

abzugeben, nicht eingehe. Es wird hier namentlich festgehalten sein, welche konkreten Friedensbedingungen unsere Friedensabsichten vom 12. Dezember zugrunde gelegen haben. Es ist unbedingt notwendig, die Natur der formulierten Friedensbedingungen kennen zu lernen, die mit Genehmigung des Kaisers und der Obersten Exekutive bereitbar waren.

Eine andere Frage ist die, ob etwa zur damaligen Zeit militärischerseits ein Einfluß ausgeübt worden ist. Die Akten sagen darüber etwas, aber nur durch Vernehmung der Zeugen läßt sich die Bedeutung dieser altenmännigen Mitteilungen in ein objektives Licht stellen. Die nächste Periode beginnt mit dem 9. Januar, dem Tage der Veröffentlichung zum rücksichtslosen U-Bootkrieg. In der Zwischenzeit macht Graf Bernstorff wiederholt den energischen Versuch, wenigstens vertraulich von der Reichsregierung die Friedensbedingungen für Washington zu erhalten, und er pflegt inzwischen wiederholt Unterredungen mit dem Obersten Hause. Den Schriftwechsel mit dem Grafen Bernstorff hat Staatssekretär Zimmermann geführt. Zunächst gibt er auf die Anregungen keine Antwort, sodann eine ganz allgemein gehaltene und am 7. Januar bittet er den Grafen Bernstorff, die Frage der vertraulichen Mitteilung der Friedensbedingungen historisch zu behandeln. Darauf wird am 9. Januar der rücksichtslose U-Bootkrieg beschlossen. Bernstorff wartet wiederholt, der rücksichtslose U-Bootkrieg bedeutet den Bruch mit Amerika, wie überhaupt auch von anderer Seite der U-Bootkrieg als der Vorgänger des Krieges mit Amerika wiederholt bezeichnet wurde. (Der Inhalt des Referats Einzelmeisters, wie die Vernehmung Bernstorffs folgt im Morgenblatt.)

Die alte Methode.

In der Nationalversammlung am Freitag, den 17. d. M., hat die Abgeordnete Frau Sieb nach dem Bericht der „Freiheit“ (Morgenausgabe) vom Sonnabend, den 18. d. M., ausgeführt:

Herr Dr. Rudolf hatte eine Denkschrift über die Arbeiten beim Wiederaufbau in Feindesland geschrieben, und die Waffenstillstandskommission hat diese Denkschrift in den Drucksaal ihres Referats 18 veröffentlicht. Nach dem Urteil aller Sachkenner war die Arbeit des Herrn Dr. Rudolf ungemein gründlicher und ungleich wertvoller als die Arbeit, die auch im Auftrag der Waffenstillstandskommission von dem Abg. Silber-Schmidt verfaßt worden war. Dem Vorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbandes und Mitglied der Generalmission der Gewerkschaften Deutschlands, Dieser für die Herren Reichssozialisten sehr unangenehme und peinliche Unterschied der beiden Arbeiten sollte aber nach dem Willen der Herren der Leichtigkeit vorenthalten werden. Deshalb wurde die Veröffentlichung der Waffenstillstandskommission auf Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums aus dem Verkehr gezogen. (Hört, hört! bei den U. So.) Müht der Herr Reichsminister dieses Vorgehen? Willigt er es, daß Dr. Rudolf, kurze Zeit, nachdem seine Denkschrift amtlich veröffentlicht war, mit seiner Tätigkeit für den Wiederaufbau Frankreichs und Belgiens aufhören mußte? Möglich ist, daß diese Dinge noch weitere Kreise ziehen, und zwar in dem betreffenden Amt. Am Ende ist die Absicht vorhanden, den Beamten disziplinarisch zu bestrafen, der durch die Veröffentlichung dieser Arbeit die Widerwertigkeit der Silber-Schmidtschen Arbeit offenbar gemacht hat. Möglich sind solche Tugenden — denn das wäre ein Erfolg, eine Maßregelung — bei einem Parteiregiment, wenn es von dem Geist beherrscht wird, wie er in dieser Vereinbarung zum Ausdruck kommt.

Die Gründe, weshalb diese Denkschrift nicht zur Veröffentlichung freigegeben resp. aus dem Verkehr gezogen worden ist, haben wir nicht zu vertreten.

Die Behauptung aber, dieser Vorgang sei aus irgendeinem Grunde auf Veranlassung der Sozialdemokratischen Partei oder sozialdemokratischen Fraktion geschehen, ist unwarhaft und frei erfunden. Sowohl die Partei wie die Fraktion haben damit nicht das geringste zu tun.

Unrichtig ist auch, daß über den in Frage kommenden Gegenstand zwei Denkschriften existieren und deshalb eine

Konfurrenz zwischen zwei Verfertignern dieser Arbeiten eingetreten sei.

Der Sachverhalt ist vielmehr folgender: Genosse Silber-Schmidt wurde aufgefordert, in einer Konferenz von Vertretern der beteiligten Ministerien, von Vertretern der bauausführenden und bauhelferzeugenden Industrie sowie in Frage kommenden Unternehmens- und Arbeiterverbandsvertreter die Bedingungen darzulegen, unter denen sich eventuell deutsche Bauarbeiter am Wiederaufbau beteiligen würden.

Am Einverständnis mit Vertretern eines anderen Bauarbeiterverbandes wurde dieser Konferenz ein gewerkschaftliches Minimalprogramm unterbreitet und dazu ein begründender Vortrag gehalten.

Das Programm und die Rede sind in den Drucksaal des Referats XIII der Waffenstillstandskommission wiedergegeben.

Dieser Vorgang ereignete sich Mitte April. Gegen Ende April erließen die Denkschrift der Herren Dr. Rudolf und Dr. Auerbach. Beide Herren waren wissenschaftliche Mitarbeiter in dem Referat XIII der Waffenstillstandskommission. Sie haben mit einem Stab wissenschaftlicher Mitarbeiter und anderer Hilfskräfte die Arbeit fertiggestellt.

Die Arbeit an sich ist gut. Sie würde in der gleichen Zeit und mit den gleichen Mitteln von einem Gewerkschaftsmann jedenfalls auch herzustellen worden sein, bis auf einige Partien, deren Inhalt die Gewerkschaften nicht vertreten. Was sonst den Inhalt betrifft, so enthält die Denkschrift nichts, was die Gewerkschaften in dem besagten Programm nicht auch gefordert oder auf ihren Verhandlungen als Forderung aufgestellt worden ist.

Es ist also festzustellen: Die Gewerkschaften, als deren Vertreter Silber-Schmidt hier in Frage kam, haben keine Denkschrift verfaßt; es ist vielmehr nur ein Vortrag gehalten, der wenige Stunden vor der Konferenz entstand. Die Abg. Sieb macht daraus schnell eine Denkschrift, die im Auftrag der Waffenstillstandskommission entstanden sein soll, um dem erkannten Publikum auf diese Weise deutlich den unfähigen Gewerkschaftskontzen vorzeigen und um so besser die Fähigkeiten des benährten Angehörigen der eigenen Partei in elektrischer Beleuchtung aufdecken zu können.

Rufte Sieb hat also ohne gewissenhafte Prüfung des ihr übergebenen Materials wieder einmal die Sozialdemokratische Partei berunglimpft und gestützt auf das gleiche unrichtige Material, einen bekannten Angehörigen dieser Partei in der Achtung herabzusetzen gesucht. Es ist dies die alte unabhängige Methode, die je länger, desto weniger Gläubige findet.

Jagdbare Briketts.

Die Jagd nach Briketts dürfte jeder Berliner Hausfrau bekannt sein. Doch man aber in buchstäblichem Sinne auf dem Wege der Jagd die Briketts sogar wagenweise zur Strafe bringen kann, zeigt folgende Anzeige in der „Deutschen Jäger-Zeitung“ vom 19. Oktober:

Suche Briketts und Ueberlassung des Geweihs eines jagdbaren Hirsches und überlasse dagegen einen Wagon Briketts, v. Delius, Bergwerksdirektor, Biesla a. d. Elster.

Wir bringen diese Anzeige dem Reichsforstkommissar hiermit zur Kenntnis. Ist in seinem Verteilungsplan der Umstand vorgegeben, daß Bergwerksdirektoren für das Geweihs eines jagdbaren Hirsches einen Wagon „gemeinlich“ Briketts beziehen, d. h. den rationierten Winterbedarf von etwa 20 Familien für die Jagdbergnähen aus der Hand geben dürfen? Und was meint er dazu, daß dieser Handel in aller Seelenruhe öffentlich angezeigt wird?

Der neue Wiederaufbau-Minister. Den Vorken des Ministers für Wiederaufbau hat Oberbürgermeister Dr. Gehler-Kürnbarg übernommen. Damit ist der Vorken des dritten Demokraten im Reichskabinett belegt. Gehler ist einer der führenden Männer der sächsischen Demokratie.

Vollstämmliche Konzerte.

In dem scheinbaren Reichtum an Konzerten vergessen wir oft, daß die reinsten und höchsten Bestimmungen der Kunst doch nicht dem einzelnen, sondern dem unbeschränkten Publikum, dem nach Erbauung Dürstenden Labial und Erhöhung des Lebensgefühls zu werden. Des Volkes Stimme richtet, richtet mit dem Instinkt und der warmen Empfindung der durch Wissen und Vermögen unbescholten. Dieses Volkstheater steht sich auch durch und hat in der Geschichte immer gegen den Sturmlois der Könige und aller theoretischen Gelehrschaften recht behalten. Wir wollen das nicht feillich verhandeln wissen: es gibt eine Erziehung der Genieherden von der Auerweltmelodie loer zu den Erzeugnissen experimenteller Könnenheit. Aber das wird stets nur im langsamsten Schritt, niemals sprunghaft zum Ziele führen. Die neue Kunst ist so voll der Kämpfe, der Versuch, der Spekulation, daß der Kampf um ihre Bedeutung nicht vor dem Forum der Menge ausgetragen werden darf. Das verkündigt und bindet zugleich die Leiter vollstämmlicher Konzerte. Sie sollen in musterhaltiger Form das Beste der Literatur zur Kenntnis bringen und sollen die Kräfte schlagen zu einem letzten Können fernere Entwicklungsmöglichkeiten.

Die populären Konzerte der Volksharmonien leisten eine solche wirkliche kulturelle Aufgabe unter ihrem grundmuskulischen Führer Gageel erkennen. Ein Grund zur Freude, sein Ansehen zur Klage, daß Gageel vermischt, selbst Wunderliche Größe verständlich zu machen, die ja aus der ewigen Lebenskraft Wachs und Beehovens in neuer, herber Art ihre Wurzel zieht. Hier findet unter dem herausfordernden Klang einer eigenen Orchestersprache, aus der Laie den Zusammenhang mit klassischer Form heraus. Mehr nachdrücklich empfand man das an dem ersten Sinfonieabend des Blühner-Orchesters. Paul Scheinpfung schien von dem klugen Gedanken ausgegangen, daß zuerst mal ein Werk Studierens dem Dir durch starkes Nachdenken aller Gegensätzlichkeiten verständlich gemacht werden muß. Dieses Unterstreichen ist ergründlich, wenn es auch dem Kenner nicht immer notwendig erscheint und im Schmelze der langlamen Säge auch einmal verheimmern kann. Seine Interpretation der VII. Sinfonie Bruckners, die er mit der ganz anders empfundenen VII. Sinfonie Beethovens zusammenstellte, war aber im ganzen eine sehr respectable Leistung. Die Darstellung hatte starke Höhenpunkte, das Orchester hob sich am Ende des ersten Satzes zu grandioser Wirkung empor, sang die unendliche Melodie des Adagios mit fatter Inbrunst, hatte die plumpe Auldringlichkeit des häuslichen Scherzos und fand sich sogar mit den Eigenschaften des letzten Satzes gut ab. Scheinpfung hatte einen trefflichen Dirigier-Stil und großen Erfolg. Das zweite vollstämmliche Konzert des Charlottenburger Opernhaus-Orchesters interessierte zunächst durch die kindliche Tonhalle, die auf der Bühne aufgebaut war und dem überausklaren Saal sehr unannehmlich kam. Es scheint, daß sich große Konflikte bei dem Hörerraum mitteilen, und daß ein feines Piano auch garlingend bleibt. Kessell dirigierte die Be-dur-Sinfonie Mozarts

solde, ohne jene bezaubernden Feinheiten des Klangs und der Stimmung zu erzielen, die dieses göttliche Werk kräftigend in sich verleiht. Ein finstliches Gedicht „Morgen“ von Leven Dubosek läßt auf einen neuen Namen achten. Es ist ein Wagnis, der die Lage seines Heimatlandes nicht nur bemerkt, um dessen Lebensfunktionen musikalisch einzufangen, sondern auch um über die Grenzen hinweg in die Wälder weiter großer Nachbarn hineinzuhören: Strich und Debusy. Er ist kein melodischer Erfinder, kein kraftvoller Dichter, man stellt seine Unruhe und idematische Quaden. Aber Farbe und Sinnigkeit, eigenwillige und langwierige gekante orchestrale Bewegungen lösen interessiert aufhorchen; ein Können, der über das Handwerksliche hinausreicht. Das „Lanzlied“ hatte eine lyrische Reizwirkung, die auf den ersten Hieb erkannte. Gertha Stolzenberg vermittelte mit dem Klang ihrer schönen Stimme und charakterisierender Gestaltungs-kraft diese Lieder und die Canina-Arie.

Vollständig vor allem mühte der Gesang, mühte das Lied als treuer Uebersetzer von Rhythmusfeinheiten und feinsten Regungen sein. Die wenigsten Liedkomponisten, hingewiesen von der Gläubigkeit an die Modernen, wissen das oder wollen es haben. Aber wenn Leo Blech im vollgepropten Schilleria II seine Idarmanuten und doch so kunstvoll gebauten Auldrilber spielt und ihnen von der gleichzeitigen, bühnenreinen Sabine Meher Gehalt und wirbelndes Leben einhanden läßt, so verlangt Laie und Fachmann doppelt zu genießen. Ähnlich in dem Wiederabend des Schönstimmigen, überlegend darstellenden Raab-Orchestra. Er hilft mit hoher Kunstfertigkeit Liebern von Julius Herm. Weigel zu einem ganzen Erfolg. Hier fehlt jeder moderne Kernverfänger. Aber in all dieser Schlichtheit welche klare Melodie-linie, welche ein gesunder Bau, welche erfrischende, klare Nachsprüfung der Textstimmungen! Dieser vollstämmliche Liedabend überzeugt so vollkommen und läßt so spielend leicht mitempfinden, daß man die Duradachheit der Form als selbstverständliche Leistung hinnimmt.

Man wird diese Lieder bald öfter hören, als die weit komplizierteren Gebilde von Othmar Schoed, die so selbstlicher dahinstehen und sich doch an der Radbarkeit Hugo Wolff verblühen. Wilhelm Guttmann, der mit seltener musikalischer Reife sein Organ meistert, macht und dennoch diese Lieder und einige Strahlische Phrasen zum Erlebnis. Georg Vertam zieht mit welchem Gesank und zartinnigem Gesank Chopinische Linien nach; Emil v. Sauer, dem die Frömmigkeit zum Singen eines Französischen Chorals abgeht, meistert mit untadeligem Gefühl und seltener technischer Fertigkeit die Crofta-Variationen Beethovens, ein Auldrilber unter den Pianisten. Und Arnold Kofe, der Gast aus Wien, der heute empla denken ist, des Unendlichen-Reichters Joachim Gebe zu brühen, läßt mit drei Quartett-Genossen verstehen, daß Kammermusik im großen Räume erdicht wird. Vier gleiche Temperamente, auflockernd und geädert, ein einziger künstlerischer Wille und ein dem Werk so verantwortliches Kunstgewissen, das Pflichtbewußt zur Feier wächst. Ein Publikum, gerührt aus Kennern und immer-gegenwärtigen jubelt ihm zu. Was da brandend Klang, hier: Auf Wiedersehen!

Dr. Kurt Singer.

Verfunken Dörfer der Steinzeit. Seit einigen Wochen werden, begünstigt durch den diesjährigen niedrigen Wasserstand, in Schaffhausen in Überschaubarer umfangreiche Ausgrabungen von feingeistlichen Wohnstätten vorgenommen. Das fahne Phantische kaum zu erwarten hoffte, wurde durch Uebertragung einer zwei Meter mächtigen Torfschicht der publizistischen Fortschritt erschlossen. Ganze Häuserreihen feingeistlicher Dörfer traten zutage, von einer Erhaltung, die der Laie kaum mittelalterlichen Ansehen zutrauen würde.

Die ältere Siedlung ist ein feingeistliches Pfahlbaudorf, das über dem ehemaligen See errichtet wurde. Seine wohlhaltenen Reste liegen auf dem alten Seeblam. Das benachbarte jüngere Dorf wurde erbaut, als schon die Verfestigung des Sees eintrat. Der Boden dieser Häuser lagert auf einer binnnen Moorbede; der Bodenbelag aus Rindenwerk, Dreifern und Strich mußte auf dem feuchten Grunde wiederholt ersetzt werden. Auf dem Uferbau errichtete man die Seitenwände aus Brettern und schloß die Weite durch eine Schwand. Selbst das eingelassene Dach mit seinem Balkentrost und der Rindenbedeckung ist bei einem Hause erhalten. Diese Moorhäuser, die ganzlich und mehr Quadratmeter umfassen, enthalten ein und zwei Räume, die durch Holzwände abgeteilt und mit Rindenrinde ausgekleidet waren. Inmitten des Hauses befand sich die offene Feuerstelle, durch Steine einseitig, um diese die Lagerstätte. Eine Plattform aus Rindenwerk bildete den offenen Kaminraum des Hauses. Die Wände, die mit primitiven Steinsetzgeräten, Steinbeil und Hammer, errichtet wurden, zwiengen und Verwunderung ab.

Auf und zwischen den Hausböden lagerten die oft kunstvoll ornamentierten Gefäße, Röhre, Krüge und Vorratgefäße. Zahlreich sind die Geräte aus Knochen und Fischhorn. Pfeil und Bogen dienten zur Jagd, und die Reite vom Ur. Eich, Eschbirch und Wildschwein zeugen vom Weidwerk. Daneben behand der Haushalt wohl als Hauptbeschäftigung der Frauen. Kleine Corche von Pfahlbaudörfern und Hirse wurden wiederholt aufgedeckt. Von Kunststücken wurden das Pfahlbaudorf und das Torfschwein geäußert.

Die einzigartig erhaltenen Dörfer der Steinzeit, die uns einen Einblick in das Leben und in die Bauweise des dritten und zweiten Jahrtausends v. Chr. gewähren, danken ihre Konservierung einer zeitweisen Deckung des Grundwasserpiegels, wodurch die Torfbesitzer zum Aufgeben ihrer Siedlungen gezwungen wurden. Der schnell anwachsende Torf breitere dann eine schützende Decke über die Häuser.

Die Sozialistische Linker-Gewerkschaft (Gesellschaft; 28. Frankfurter, Berlin W. O., Schillerstr. 17) wendet sich an die Parteiverbände, Gewerkschaften, Schwestern usw. mit der Bitte, den künstlerischen Bedarf zur Feier des 9. Nov. (Wolfsart, Innenbeziehung usw.) nicht unter Umgehung der S. A. G. zu berücksichtigen.

Die Herbstausstellung der selbständigen Künstler in der Akademie der Künste, mitumfassend Werke geistlicher, geistlicher und interner Redatoren, wird am 8. November eröffnet und dauert bis zum 27. Dezember. Sozialpädagogische Abende. Grundlegende Fragen der Sozialpädagogik sollen an den Mittwochabenden im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht von Redateuren behandelt werden. Beginn: Mittwoch, den 22. Oktober, 8 Uhr, Volkshaus Str. 100. Eintritt frei!

Der Münchener Gefellenmord vor Gericht.

München, 21. Oktober 1919.

Vor dem Volksgericht begann am Dienstag früh um 8 1/2 Uhr die Verhandlung gegen die Tötung von 21 Mitgliedern des katholischen Gefellenvereins und des verurteilten Totenlägers am weiteren fünf Personen angeklagten vier Angehörigen der Reichswehr. Die Vorgeschichte dieses Prozesses haben wir in unserer Morgenausgabe mitgeteilt.

Den Vorsitz in der heutigen Verhandlung führt Oberlandesgerichtsrat Fieber. Aus der Untersuchungshaft unter strenger Bedeckung vorgeführt erscheinen auf der Anklagebank die Angehörigen der Reichswehr: 1. Jakob Müller, 2. Konstantin Rafowski, 3. Otto Grabasch und 4. Fritz Kreiner. Als Verteidiger haben ihnen zur Seite die Rechtsanwältin Wolf (für Müller), Schreier (für Rafowski) und Julius Loewenfeld (für Grabasch und Kreiner).

Die vom Anklagevertreter Staatsanwalt Dr. Ruppert begründete Anklage gibt einleitend eine Darstellung der Vorgänge bei der Verhaftung und Abschlagung der Opfer. Die vier Angeklagten haben sich an der Tat, durch die 21 Personen getötet und fünf mehr oder weniger schwer verletzt wurden, beteiligt. Der Angeklagte Müller hat bereits im Hofe mehrere Gefangene erschossen. Im Keller hat er

mit Revolver und Seitengewehr gewütet.

Nachdem er seine Patronen verschossen und sein Seitengewehr stumpf geschlagen hatte, entließ er dem Schützen Ock sein Seitengewehr und ließ und ließ auf die Gefangenen weiter ein. Vergewaltigt wurden preussische Soldaten und bayerische Kameraden, ihn von weiteren Morden abzuhalten. Der größere Teil der Getöteten ist auf sein Schußkonto zu setzen. Im einzelnen konnte nicht festgestellt werden, wer von ihm getötet worden ist.

Der Angeklagte Rafowski hat sich dem Transport angeschlossen und hier schon Gefangene in großer Weise

durch Schläge und Fußtritte

mishandelt. Er hat sich vor dem Eingang in den Kellerraum aufgestellt und die hier vorüberkommenden Gefangenen nochmals einzeln mishandelt. Im Kellerraum hat er mit anderen den Gefangenen den Befehl gegeben, sich niederzuknien und hat sich auch mit Revolver und Schienenschock an dem Norden beteiligt.

3. Der Angeklagte Grabasch hat einen durch Müller schon schwer verwundenen Gefangenen durch einen Schuß getötet.

4. Der Angeklagte Kreiner hat sich ebenfalls an der Tötung am Keller beteiligt. Er hat insbesondere den überlebenden Anton Wolf, der unter einem Haufen Toten und Verwundeten lag, herbeigezogen und ihm in Tötungsabsicht mehrere Schüsse in die Brust und das Gesicht versetzt.

Diese Handlungen beruhen je ein gemeinschaftlich besonnenes Verbrechen des Totenplans nach § 212 St. G. B. Ich beschuldige die Angeklagten Müller, Rafowski, Grabasch und Kreiner, gemeinschaftlich vorsätzlich getötet bzw. zu töten versucht zu haben, ohne jedoch die Tat mit Überlegung ausgeführt zu haben.

Kleine politische Nachrichten.

Der Braunschweiger Handgranatenanschlag. Durch die Schießerei in Braunschweig, von der wir berichtet hatten, sind viele Schützen des Gefängnisgebäudes getötet und die Mauern stark beschädigt worden. In der Nacht zum Sonntag wurde gegen eine militärische Wache vor einer Fabrik außerhalb der Stadt eine Handgranate geworfen und auf einen Passagier im Zentrum der Stadt, der anscheinend für eine Sicherheitswache angeordnet wurde, mehrere Schusswunden abgeben.

W-lagerungsstand in Schmalkalden. Das Eintreffen unseres Genossen Schuberth als Landratsstellvertreter und die Nichtbestätigung des unabhängigen Vogtherr zum Landrat hatte — wie seinerzeit gemeldet — zu einer Straßendemonstration geführt. Ein staatliches Waffenlager wurde besetzt und Schuberth und andere Beamte mishandelt. Zur Wiederherstellung der Ordnung rückte ein Reichswehrbataillon in Schmalkalden ein, worauf die Arbeiter die den Generalstreik erklärten. Da die bisherigen Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, wurde der W-lagerungsstand verhängt.

Wer ist Wimmerechtig? Der deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslanddeutschen verweist auf die Ungenauigkeit in den Fragebogen, die zur reiblosen Ermittlung der Abstammungsberechtigten in Schlesien, Ostpreußen und Oberschlesien dienen sollen. Wimmerechtig sind alle Personen, die, soweit sie in den Wimmerechtsgebieten Schlesiens, Ost- und Westpreußens geboren sind, am Tage des Inkrafttretens des Friedens das 20. Lebensjahr vollendet haben. In Oberschlesien findet die Abstimmung 8 bis 18 Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrags statt; hier sind diejenigen Personen wimmerechtig, die vor dem 1. Januar des Abstimmungsjahres das 20. Lebensjahr vollendet haben. Angaben über Alter usw. können auch direkt an den deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslanddeutschen, Berlin NW, 52, Schloß Bellevue, gerichtet werden.

Oben wird Auguste werden. Margarete Behm, die am Montag von der Tribune der Nationalversammlung ihre schmerzliche Geburtstagsrede für die Kaiserin ausbrachte, gütigte auch den schönen Satz: „Diese hohe Frau mühte sich nicht, ehe sie die Not der Heimarbeiterin vergras“. — Die Not der Heimarbeiterinnen hat die „Hohe Frau“ unseres Wissens keinen Augenblick berührt, sich an der kaiserlichen Galathea gehörig satt zu essen. Die Heimarbeiterinnen können noch lange warten, ehe Auguste aus Liebe zu ihnen vor Hunger stirbt!

Die Schuld am Zusammenbruch. Wie die „Rheinische Zeitung“ berichtet, hielt der Kölner Wirtstapfaffizier Hauptmann Schwind beim Empfang der Kriegsgefangenen eine Begrüßungsrede, in der er die Kameraden an den Welt von 1914 erinnerte, an die Tage der Not und Qual, in denen das deutsche Volk seine Kraft bewiesen habe. „Aber wir standen gegen eine Welt von Feinden und so kam es wie es kommen mußte. Es ist falsch, daß die Kraft des Heeres durch die Heimat gemindert worden sei. Wir konnten nicht mehr. Wir waren müde geworden. Es ist auch nicht wahr, daß wir es noch hätten schaffen können, wenn wir noch eine Weile ausgehalten hätten. Unterlegen wären wir doch!“

Industrie und Handel.

Börse.

Au der Börse machte die Aufwärtsbewegung erneute Fortschritte. Das Geschäft war allerdings nur vereinzelt lebhafter. Nachfrage zeigte sich für Schiffbauaktien, ferner für Elektrizitätspapiere, von denen Licht- und Kraftaktien die Führung hatten. Dagegen waren Harzwerte härter angefallen, insbesondere Berliner Anilinaktien, die von ihrer letzten Steigerung etwa 21 Proz. einbüßten. Am Kontinental hatten wieder Rhönix die Führung. Ferner waren fest Kursaktien Tabakaktien, Südwertaktien, West-Schiffbauaktien und einzelne Kolonialpapiere, Soman Salpeter und Ostindienaktien und Genuevaktien. Petroleumwerte waren im allgemeinen wenig verändert, nur 2. Erdöl stiegen sich höher. Kanada gingen mit 550 W. Punkten vernachlässigt, heimische Anleihen teilweise leicht gebessert.

Groß-Berlin

Der Boß als Gärtner.

Als Sachverständiger beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuß fungiert — Dietrich Schäfer.

Deutscher Michel, Siebenschlüfer, was ist das ein Weltgericht, wo Professor Dietrich Schäfer sachverständig Urteil spricht.

Was da auf den Sünderbänken auch an Geistesgrößen haßt, alles kann man ihnen schenken, haben sie auch viel verbrocht —

jeder kann sich damit decken, daß er od des Anwalts lacht: Soviel Dred an einem Sieden hat noch keiner heimgebracht!

Paulsen.

Eine Mahnung an die Baupolizei.

Niederholt haben wir schon darauf hingewiesen, daß es in der jetzigen Zeit unverantwortlich ist, wenn aus den sowieso schon zu knappen Wohnungen größere Geschädigte entstehen. Besonders haben wir falls erwähnt, in denen solche Räume zu Kinos umgebaut wurden. Die „R. Z.“ veröffentlicht jetzt ebenfalls 11 Fälle, in denen zum Teil Wohnungen wieder in Geschäftslokalitäten, hauptsächlich Cafés, umgewandelt werden. Ja, zum Teufel, schlafen denn die baupolizeilichen Behörden, daß sie eine solche Erlaubnis überhaupt erst erteilen? Oder ist wieder mal keine Übereinstimmung zwischen Baupolizei und Wohnungämter zu erzielen? Wozu brauchen wir denn noch einen Staatskommissar!

Reißbare Stiefel. In der heutigen Zeit sind zwar Stiefel an und für sich schon recht wertvoll, einige ganz besonders kostbare wurden aber dieser Tage im Berliner Scheunenviertel durch die Militärpolizei des Reichswehrverwaltungsamtes entdeckt. Der Polizei war zu Ohren gekommen, daß eine Schmugglerbande eine bedeutende Summe in reißbaren Stiefeln nach Holland zu verschleusen suchte. Als die Beamten der Spure nachgingen, gerieten sie an einen Schuhmacher im ehemaligen Scheunenviertel, bei dem sie drei Männer der Schmugglerbande antrafen, die sich eine große Anzahl zusammengekaufter reißbarer Stiefel in die ausgehöhlten Sohlen und Absätze eines Paares Stiefel einnägen ließen. Die übertrumpften Schmuggler wurden festgenommen und dann die Werkstätte durchsucht. Im ganzen wurden 99 000 M. in reißbaren Stiefeln gefunden und beschlagnahmt.

Aufgefundene Leiche. Am 18. d. M. wurde aus dem Tegeler See die Leiche eines unbekannten Mannes gefunden, der scheinbar Selbstmord verübt hat. Der etwa drei Wochen im Wasser gelegene Tote gehört mutmaßlich dem Arbeiterstande an. Er ist bis 80 Jahre alt. Die Leiche befindet sich in der Tegeler Friedhofshalle. Erkennend des Toten wollen sich bei der Tegeler Polizei melden.

Für 10000 Mark Silberzeug ist aus der Bibliothek des Diskontofinanzhauses des früheren Garde-Rüchler-Regiments in der Reichenstraße gestohlen worden. Es handelt sich um 100 silberne Gabeln und 61 große und 49 kleine silberne Löffel. Alle Sachen tragen auf der Rückseite das Monogramm G. F. R. und auf der Vorderseite ein Offizier-Panzerwappen.

Telegraphische Geldverschickungen ins Ausland. Zu Geldverschickungen nach dem Ausland sind auch Telegramme mit bezahlter Antwort benutzt worden. Man hat insbesondere derartige Telegramme nach Schweden gerichtet und dabei mehrere hundert Worte für die Antwort vorausbezahlt. Die Vorauszahlung ließ sich der Empfänger in Schweden gar ausrichten. Das Reichspostministerium hatte deshalb die Zahl der im Voraus zu zahlenden Worte auf 30 beschränkt. Auch diese Maßnahme hat nicht genügt. Das Verbot ist jetzt dahin ergänzt worden, daß bezahlte Antwort nur für höchstens 10 Wörter vorausbezahlt werden darf.

Ueber den Fliegerleutnant Fritz Vortin waren im März dieses Jahres fälschliche Zeitungsmitteilungen verbreitet worden, wonach Leutnant Vortin in Wilna den Flugpark an die Bolschewisten verkauft und in Königsberg bolschewistische Propaganda getrieben haben sollte. Auf Grund dieser unwahren Behauptung hatte der Leutnant Vortin, um seine völlige Unschuld zu beweisen, ein Ermittlungsverfahren beim Reich der Reichswehrinspektion Königsberg gegen sich selbst beantragt. Das Verfahren ist nunmehr abgegeschlossen und hat die völlige Integrität des Fliegerleutnants Vortin ergeben. Es ist in dem Ermittlungsverfahren festgestellt worden, daß Leutnant Vortin das gesamte Flugzeugmaterial aus Wilna ordnungsgemäß nach Deutschland zurückgebracht und der Inspektion der Fliegertruppe abgehiefert hat. Damit fallen die seinerzeit gegen Leutnant Vortin erhobenen Vorwürfe in sich zusammen.

Reinholdsdorf. Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung die hauptamtliche Anstellung der Lehrer für die Fortbildungskurse. — Die möglichst weitgehende Ausführung der Gemeindearbeiten in eigener Regie bedingt die Errichtung eines Wirtschaftsamtes. In dieses geht auch das Ernährungsamt auf. — Die Gemeindevertretung beschloß ferner die Bildung einer Bildungs-Kommission. Zur Schaffung von Freizeiten an den höheren Schulen und Gewährung von freien Vermitteln werden die erforderlichen Mittel bereitgestellt. — Dem neuabgeschlossenen Tarif mit den Gemeindearbeitern erteilte die Gemeindevertretung ihre Zustimmung. — Das Staatsministerium und die Preussische Landesversammlung sollen in einer Petition ersucht werden, den Gehaltswort über Bildung der Gemeinde „Groß-Berlin“ so redigieren zu veranlassen, daß die Eingemeindung mit Beginn des neuen Haushaltsjahres erfolgen kann. — Zu einer ausgedehnten Erdreinerung führt der Vorstoß des Gemeindevorstandes auf endgültige Beschlußfassung über die Erhebung der Gemeindesteuern. Infolge Genossen beantragten die Erhöhung der Gewerbesteuer der 1. und 2. Klasse, der Grundbesitzsteuer von 3% und 7 auf 4 und 8 pro Tausend und die Zuschläge zur Einkommensteuer von 25 auf 300 pro Hundert. Im Namen der S. V. D.-Fraktion erklärte der Genosse Schaff, daß es Pflicht der Gemeindevertretung sei, dafür zu sorgen, daß die laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt werden, und nicht, wie es seit vielen Jahren in Reinholdsdorf üblich sei, durch Anleihen allein. Die bereits bewilligten und noch schwebenden Gehalts- und Lohnrückstellungen erforderten eine Erhöhung der Zuschläge auf mindestens die Höhe, die Berlin erhebt. Es bestünde auch die Gefahr, den bisherigen Provinzialzuschuß in Höhe von 125 000 M. zu verlieren. Die jetzige Wirtschaft sei eine fortgesetzte Veräußerung an den Interessen des künftigen Groß-Berlins, welches schließlich das zu erwartende gewaltige Defizit werde zu decken haben. Die Bürgerliche Fraktion lehnte den Antrag ab — getreu ihrem Grundsatze, den sie seit langem in Reinholdsdorf übte: Noch und die Sinnhaftigkeit und die „Unabhängigkeit“, die als die Wehrheit in der Gemeindevertretung den Ausschlag geben und entscheiden können, ob eine gesunde oder Bankrottenfinanzpolitik getrieben werden soll, sehen in dem Antrag nur eine neue Gelegenheit, auch hier ihre Sünden der mehrheitlich sozialistischen Regierung an die Reichsfläche zu häufen. Sie haben ihren Wählern so viel versprochen — alles für „billiges Geld“ —, daß sie sich nicht getrauen, einer Steuererhöhung zugunehmen. Wenn es der Gemeinde an Mitteln fehle, sei die Regierung schuld.

big, die es unterlassen habe, sie durch eine energische Sozialisierung zu beschaffen. Hätte die Regierung den Gemeindevorstand die „Kommunalisierung“ gestattet, dann hätte Reinholdsdorf jetzt Mittel in Höhe und Fülle. Das Vorgehen schloß sich mit der Erklärung, daß die „Unabhängigen“ der von ihr beherrschten Gemeinde die erforderlichen Mittel nicht bewilligen. — Von Prinzipien wegen!

Rosenthal. Der Kampf um die Demokratie. Seit dem 13. September ist auf Beschluß der Gemeindevertretung die Gewährung der Mittel für die besetzten Arbeiterräte eingestellt worden. Die Unabhängigen drohten seitdem mit händiger Beunruhigung der Gemeindevertretung. Am letzten Donnerstag erschienen unter Führung der Kommunisten inmitten der Beratung die zuvor im Orte aufgerufenen Massen in Anzahl von 170—200 Personen, darunter 50—60 Jugendliche, auch vierzehnjährige, um die Vertretung zu zwingen, einen besetzten Arbeiterrat anzustellen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, wobei die Anhänger der U. S. V. D. sich in großen Schimpfworten gegen die Gemeindevertretung ergingen und von den U. S. V. D.-Vertretern unterbunden wurden. Schnell sollte sich die Vertretung entscheiden, wogegen sich die Vertreter der S. V. D. mit aller Entschiedenheit wendeten. Auf Antrag eines bürgerlichen Vertreters wurde die Angelegenheit dem Gemeindevorstand überwiegen, welcher dieselbe prüfen und als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen soll.

Lichtenberg. Eine August-Bebel-Straße. Die Fraktion der Unabhängigen hat für die nächste Sitzung (Donnerstag) beantragt: Der Magistrat wird ersucht, im allgemeinen eine Regelung der Straßennamen vorzunehmen. Die Straßennamen die an die Hohenzollern-Dynastie erinnern, sind abzuändern und durch andere zu ersetzen. Die Willendorferstraße (in der das Rathaus und andere städtische Gebäude liegen), soll fortan August-Bebel-Straße heißen. Die Schilder der Straßennamen sind von den Häusern zu entfernen und an den Straßenecken zu befestigen. Bei Straßennamen bekannter Persönlichkeiten ist eine Tafel mit kurzer Biographie anzubringen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Reinholdsdorf. 10 Pfund (99) 150 g Graupenmehl (K 20) 200 g amerikanisches Weizenmehl, Sonderauswahl (320). Für Jugendliche (45) 200 g Weizenmehl für Personen von 60—69 Jahren 1 Pfd. 200 g Weizenmehl für Personen von 70 Jahren an 100 g Weizenmehl. Weizen. 100 g Weizenmehl (K 20 und L 20). Malzextrakt auf ärztliches Urteil. Salzhering, Reibhering, Reibhering in Dosen, Gradbrot, 125 g Fruchtbrot an Kinder, bis nach dem 20. 10. 1913 geboren sind (3) und an werdende Mütter (A).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

45. Mitteilung. Der Frauenabend am Mittwoch 20. 10. 1919 der Berliner Frauenvereinsvereins in der Reichshalle, Neue Friedrichstraße 74, Uhr, aus. Die Genossinnen werden ersucht, dieselbe zu besuchen. **Zeitung.** Mittwoch 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Gromm, Niederbreitenburger, Donnerstag 7 1/2 Uhr im „Waldhof“, Kaiser-Wilhelm-Straße, 45. **Rede.** Mitgliederversammlung, den Redner Hans Brügel über „Die Weltlichkeit der Equus“. Eine Mitgliederversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Wannsee. Donnerstag 7 Uhr im „Reichshaus“: Öffentliche Versammlung, Referent: Genosse Franz Schöner, N. d. H. **Zentralische für Einigung der Sozialdemokratie.** Samstag 7 1/2 Uhr in den „Central-Hallen“, Alte Jakobstraße: Vortrag von Dietrich Schäfer.

Gewerkschaftsbewegung

Solidarität oder — schwarze Listen!

Freiwillige Solidarität gegenüber streikenden Arbeitsgenossen war stets der Stolz klassenbewußter Arbeiter. Die Jüngeren unter uns, die erst in den letzten Jahren zur Gewerkschaft und Partei gekommen sind, seien darauf hingewiesen, daß der deutsche Arbeiter seit den frühesten Anfängen der Organisation allzeit feinfühlig seine Solidarität bewiesen hat. Und das nicht nur mit Worten; von dem Wenigen, was er besaß, gab der Klassenbewußte Arbeiter bereitwillig seinen streikenden Arbeitsbrüder. Mit berechtigter Genugtuung können wir deutschen Arbeiter von uns sagen, daß wir nicht nur mitgeföhlt und mitgeopfert haben, mit unseren stammverwandten Arbeitsgenossen. Wir übten Solidarität auch dann, wenn in anderen Ländern das Unternehmertum versuchte, die Arbeiter zum Weisbluten zu bringen.

Auch jetzt wieder, anlässlich des Metallarbeiterstreiks mit seinen gewaltigen Opfern, ist an die Solidarität der Arbeiter appelliert worden. Und sie ist auch geübt worden. Die man freilich nicht vorgeben darf, lehrt ein verbilligtes Rundschreiben des Arbeiter- und Betriebsrats der Reichsdruckerei, in dem darüber Weisworte geführt wird, daß in diesem Betriebs der Abschluß von Streikmarken bedauerlicherweise sehr zu wünschen übrig läßt. Um diesen Mangel zu beheben, werden die Betriebsräte der Reichsdruckerei aufgefordert, diejenigen, die sich dieser Pflicht entziehen, namhaft zu machen, damit sie öffentlich an den Pranger gestellt werden können.

Ein noch tollereres Stück leistet sich der Betriebsrat der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin. Er ließ den Angestellten am letzten Sonntag folgendes Ukas zugehen:

In der gestrigen Sitzung haben wir folgendes beschlossen: Für die Dauer des Metallarbeiterstreiks werden durch die Vertrauensleute erhoben:

von männlichen Kollegen pro Woche 2.— M., von weiblichen Kollegen pro Woche 1.— M. Falls der Streik sich über den 1. November hinaus erstreckt, von männlichen Kollegen pro Monat 10.— M., von weiblichen Kollegen pro Monat 5.— M.

Kollegen und Kolleginnen! Dieser Betrag ist obligatorisch von Euch allen zu leisten, weil es in dem Streik der Metallarbeiter um das Höchste für Euch alle geht, für den Erhaltung und Klassenkampf aller Ausgeborenen gegen Ausbeuter! Niemand darf sich ausschließen.

Die Vertrauensleute sind angewiesen, über die Namen der Kollegen, die Zahlung verweigern, Listen zu führen und uns Bericht zu geben.

Auf zur Solidarität!
Berlin, den 18. Oktober 1919. Der Betriebsrat.

Das ist ja eine wunderbare Solidarität, die die beiden ihrer Würde bewußten Betriebsräte den Arbeitern beizubringen versuchen. Bedrohung und Erpressung waren stets noch die allerunpatriotischsten Mittel, den Solidaritätsgedanken im Arbeiter zu erwecken. Oder soll das etwa ein kleiner Vorgeschmack dessen sein, womit wir durch die „Diktatur des Proletariats“ beglückt werden sollen?

